

Mai zeitung 2017

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Wird 2017 das Jahr der sozialen Gerechtigkeit?

In Rüsselsheim findet im Juni 2017 der Hessentag statt. Die Stadt putzt sich heraus, sie bereitet sich auf das Landesfest vor, Vorfreude mischt sich mit der kritischen Frage nach den Kosten. Die Aufmerksamkeit vieler Menschen konzentriert sich auf die Debatten und Planungen für das Landesfest, sozialpolitische Fragen treten, selbst wenn sie bundesweit im Fokus stehen, in den Hintergrund. Anfang des Jahres 2017 sorgte der Armutsbericht des paritätischen Gesamtverbandes „Menschenwürde ist Menschenrecht“ für Aufsehen. Die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent angestiegen, die Gesellschaft driftet immer mehr auseinander, bundesweit gelten 12,9 Millionen Menschen als arm, davon 1,9 Millionen Kinder. Die Zahl der als arm geltenden Menschen ist von 2005 bis 2015 um knapp 50% gestiegen.

Als arm gelten nach EU-Norm Singles ohne Kinder mit einem Nettoeinkommen von 942 Euro, oder Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit einem Einkommen von 1.507

Euro. Für kinderlose Paare liegt die Armutsgrenze bei einem Einkommen von 1.413 Euro, für ein Paar mit zwei Kindern bei 1.978 Euro. Bei diesen Zahlen sind erhöhte Bedarfe, die sich

etwa beim Leben in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet ergeben, nicht berücksichtigt.

Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse

Die Zunahme von Armut in Deutschland steht nur scheinbar im Gegensatz zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit war 2005 erreicht und lag bei 11,7%. Im Jahresdurchschnitt 2016 betrug die Arbeitslosenquote 6,2%. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit geht aber einher mit mehr prekärer Beschäftigung. Prekäre oder auch atypische Beschäftigung liegt vor, wenn Arbeitnehmer/innen nur schlecht oder gar nicht von ihrem Einkommen leben können, die Arbeit befristet oder unfreiwillig teilzeitbeschäftigt ist. Zu den

atypischen Beschäftigungsverhältnissen zählen Leih- und Zeitarbeit, Beschäftigung im Niedriglohnsektor, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und die neuerdings stark zunehmende Arbeit auf Abruf. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 1991 knapp 27 Millionen Arbeitnehmer/innen im sogenannten Normalarbeitsverhältnis (= komplette soziale Absicherung) und 4.437.000 prekär beschäftigt. 24 Jahre später, also 2015, waren noch knapp 25 Millionen Arbeitnehmer/innen nach dem Normalarbeitsverhältnis und über 7,5 Millionen prekär beschäftigt. Die Abstiegssängste vieler Menschen in Deutschland sind also mehr als berechtigt.

Kinder- und Altersarmut

Besonders dramatisch sind die Entwicklungen im Bereich von Kinder-

Aus dem Inhalt:

Armutsfalle: Prekäre Beschäftigung	S. 2
Sozialpass für Rüsselsheim	S. 3
Free Deniz	S. 4
Billig fliegen und teuer bezahlen	S. 4

und Altersarmut. Die Bildungs- und Entwicklungschancen der von Armut betroffenen Kinder sind ebenso massiv beeinträchtigt wie ihre Teilnahme am sozialen Leben. Kino, Theater, Schwimmbad aber auch der Sport im Verein oder die Teilnahme an Kinder- und Jugendfahrten: Alles kostet Geld und die Inanspruchnahme sozialer Hilfen wird oft aus Scham nicht wahrgenommen. Das Schlimmste für Kinder ist: Nicht dazugehören. Das prägt! Altersarmut ist bereits heute ein Problem, in Zukunft wird sie dramatisch zunehmen. Aktuell hat sich die Zahl derjenigen, die Grundsicherung ergänzend zur Regelaltersrente beziehen zwischen 2003 und 2015 verdoppelt. Diese Entwicklung ist ein Vorgeschmack auf das, was kommt, wenn die gesetzliche Rente nicht deutlich verbessert und prekäre Beschäftigung

Fortsetzung Seite 2



20 Jahre Aktionsbündnis

Zu Beginn des Jahres 1997 trat das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, damals „Aktionsbündnis gegen Sozialabbau“ erstmals mit einer Großveranstaltung unter dem Titel „Aktion gegen Sozialabbau – Für eine solidarische Gesellschaft“ an die Öffentlichkeit. Getragen von den Gewerkschaften ÖTV (heute ver.di) und GEW, kirchlichen Vereinigungen wie Caritas, Diakonisches Werk, Katholische Arbeitnehmerbewegung, der Ortsgruppe des Kinderschutzbundes und anderen Interessierten wurde eine beeindruckende Veranstaltung für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates organisiert. Mit dem Thema und der auf ein breites Bündnis zielenden Organisationsform war bereits im Anfang die Struktur für die kommenden Jahre gelegt, wobei das Aktionsbündnis immer auch offen war für neben den „Kernbereichen“ liegende Themen. Einige Schlagzeilen der ab 1998 erscheinenden „Maizeitung“ können dies illustrieren:

1998 Bildung und Arbeit sind Menschenrechte!

1999 Für eine solidarische Gesellschaft!

2000 Es bleibt dabei: Wir wollen eine andere Politik!

2001 Hat die Stadt Rüsselsheim über ihre Verhältnisse gelebt?

2002 Eine andere Welt ist möglich – auch in Rüsselsheim

2003 Kein Frieden ohne Gerechtigkeit an die Öffentlichkeit

2004 Solidarität statt Wettbewerb

2005 Der Mensch ist kein Kostenfaktor

2006 Wirtschaftliche Entwicklungen sind keine Naturgesetze

2007 Rüsselsheim hat mehr verdient

2008 Mehr Reichtum und mehr Armut

2009 Wir zahlen nicht für ihre Krise!

2010 Fünf Jahre Hartz IV. Eine kritische Bilanz

2012 Aufstehen für mehr Menschlichkeit

2014 Rüsselsheimer Infrastruktur erhalten!

2016 Höchste Zeit für mehr Solidarität!

Im Zentrum der Aktivitäten des Aktionsbündnisses stand und steht das Ziel einer menschlichen und sozialen Gesellschaft. Sein humaner Kern verbindet die mitarbeitenden Gruppen und Organisationen, nicht zuletzt kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen und natürlich auch die, die sporadisch dazu stoßen. Immer

wieder wird in den Maizeitungen hervorgehoben, dass es darum geht, die Gesellschaft nicht von Wirtschaftsinteressen dominieren zu lassen, das Primat einer an demokratischen, sozialen und ökologischen Zielen orientierten Politik über die Wirtschaft herzustellen. Dies ist mittlerweile eine globale Aufgabe und so war es nur selbstverständlich, dass attac zum Bündnis stieß und neben dem großen Thema der Verteilung des Reichtums Fragen nach internationaler Solidarität und Integration von Migrant/innen und Flüchtlingen aufgegriffen wurden. Der Erhalt der kommunalen Infrastruktur war und ist ebenfalls ein großes Anliegen. Der Erhalt der Eichgrundschule und der Gerhart-Hauptmann-Schule wurde durch auch vom Aktionsbündnis unterstützte Bürgerbegehren erreicht. Bei der geplanten Privatisierung, d.h. dem Verkauf der Rüsselsheimer Stadtwerke an „Eurawasser“ reichte bereits die Ankündigung eines Bürgerbegehrens, um die Stadtverordneten zum Einlenken zu bringen. So erfolgreich die Arbeit des Bündnisses auf der kommunalen Ebene immer wieder war, so ernüchternd sind die aktuellen Entwicklungen bei der Armuts- und Reichtumsentwicklung. Hier bleibt auch für die Zukunft viel zu tun.

1. Mai Kundgebung

Rüsselsheim, Löwenplatz
Beginn 10.30 Uhr

Bernd Schiffler, DGB Ortsverband
Moderation

Liv Dizinger
DGB Hessen-Thüringen, Hauptrednerin

N.N. ver.di-Jugend
Stadtverwaltung Rüsselsheim

Elke Möller/Ingrid Reidt
Prekäre Beschäftigung von Frauen

Absinto Orkestra
musikalische Umrahmung

Ab 13.00 Uhr Mai-Feier
im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Bier, Wein, Essen,
Kaffee und Kuchen
Musik



Gerhart-Hauptmann-Schule Rüsselsheim

Bürgerentscheid und Rettung: Was kommt dann?



Es hat fast genau zwei Jahre gedauert bis zum klaren politischen Bekenntnis des Schulträgers zur Zukunft der Rüsselsheimer Gerhart-Hauptmann-Schule. Rückblick: Juli 2014. Eine rot-schwarze Koalition bricht auseinander, dramatische Szenen im Stadtparlament Rüsselsheims, rätselhaft abwesende Parlamentarier und schließlich nur eine Stimme Mehrheit für die Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule.

Bürgerinitiative gegen Schulschließung

Angeichts dieser Vorgänge hatte sich im Sommer 2014 eine Bürgerinitiative gegründet, die sich gegen die drohende Abwicklung der Schule wandte. Trotz breiter gesellschaftlicher Unterstützung hatte es die neue schwarz-grüne Ratsmehrheit in Rüsselsheim auf einen Bürgerentscheid ankommen lassen. Dieser scheiterte mit etwa 10.000 Stimmen knapp am Quorum von 25%. Aber dennoch nahmen CDU und Grüne im Jahr vor der Kommunalwahl den Schließungsbeschluss zurück, weil der öffentliche Druck auch nach der Abstimmung sehr groß blieb und die Kommunalwahlen vor der Tür standen. Es kam jedoch zu kei-

nem klaren Bekenntnis in Bezug auf die notwendige Sanierung. Für die Gerhart-Hauptmann-Schule selbst bedeutete die Rücknahme der drohenden Schließung im Frühjahr 2015 natürlich eine zeitweilige Erleichterung.

Neuaufrichtung in der Schulpform, bauliche Sanierung und Teilneubau

Ähnlich wie in den anderen Schulen der Stadt wurde auch hier vom Schulträger eine Planungsgruppe initiiert, in der Vertreter von Eltern, Schülern, Lehrkräften, Schulleitung, Schulträger und Schulamts gemeinsam über die Zukunftsperspektiven berieten. Es wurden Anforderungen für eine moderne Gerhart-Hauptmann-Schule in verschiedenen Bereichen priorisiert. Das umfasste etwa Anforderungen an Unterrichtsräume. Dabei erscheinen vor allem Lärmschutzmaßnahmen wegen des Fluglärms und bessere Klimatisierung dringend notwendig. Abgesehen davon müssen alle Unterrichtsräume grundlegend saniert werden. Hier ist seit dem Schulbau 1967 nichts mehr passiert. Die Cafeteria für den Ganztags befindet sich seit Jahren in einem Provisorium. Dafür ist dringend ein Neubau not-

wendig. Daneben äußerte das Kollegium auch deutlich, dass die Schule fit gemacht werden müsste für digitales Unterrichten mit WLAN in allen Räumen. Mit der Frage der pädagogischen Weiterentwicklung kam auch die Diskussion über die Weiterentwicklung der Schulform in Gang. Bereits ein erstes Meinungsbild im Herbst 2016 ergab, dass die große Mehrheit des Kollegiums den Weg hin zu einer IGS mittragen würde. Eine differenzierte Pädagogik als Grundlage der Arbeit bildet dafür bereits jetzt die Voraussetzung. So bedurfte es keiner großen Diskussionen mehr und wurde es schnell Konsens, was im darauf folgenden Beschluss die Schulkonferenz so formulierte: Man müsse feststellen, dass, die Haupt- und Realschule in der heutigen Zeit nur noch für wenige Eltern eine attraktive Schulform sei.

Klares Bekenntnis des Magistrats zur Schule im Jubiläumsjahr

Große Bedeutung für Öffentlichkeit und Schulgemeinschaft haben das öffentliche Statement von Baudezernent Nils Kraft und Schuldezernent Dennis Grieser: „Die Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS) soll auch in Zukunft ein wichtiger Baustein der Rüsselsheimer Schullandschaft sein“. Zum 50. Jubiläum der Gerhart-Hauptmann-Schule ist dieses Bekenntnis äußerst wichtig. Damit lässt es sich in den kommenden Monaten in besserer Stimmung feiern, auch wenn noch nicht klar ist, in welchen Zeiträumen genau mit der Sanierung zu rechnen ist. In jedem Fall ist jetzt eine klare Perspektive für die Zukunft da, wenn sich am 19. Mai zum Festabend in der Schule und zur Party im Kaisersaal in Königstädten ehemalige und aktuelle Mitglieder der Schulgemeinschaft treffen.

Frank Häußler

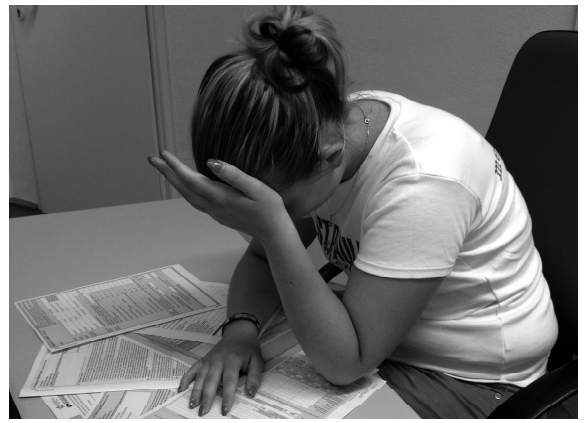
Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:

Bernad Heyl, 06152/1877471
Hans-Peter Greiner, 06142/46798

fragwürdigen Haushaltskonsolidierung geopfert haben und von denen, für die eine alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Individuen umfassende Wettbewerbsfähigkeit das oberste Ziel ihrer Politik ist.

Solidarität statt Wettbewerb

Die Aufhebung der sozialen Spaltung der Gesellschaft, das Einlösen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordern einen konsequenten Politikwechsel. Solidarität statt Wettbewerb, ein egalitäres Menschen- und Gesellschaftsbild, das Gleichwertigkeit und Gleichwürdigkeit zum Maßstab von Gerechtigkeit machen, müssen bewusst und offensiv an die Stelle der immer noch gesellschaftlich dominierenden neoliberalen Ideologie treten. Die Diskussionen um die bevorstehende Bundestagswahl zeigen, dass die Auseinandersetzung mit Armut und die Frage der sozialen Gerechtigkeit wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt sind. In Rüsselsheim waren im Dezember 2015 22,26% aller Kinder- und Jugendlichen von Hartz IV abhängig, ein Viertel, wenn alle Sozial- und Transferleistungen einbezogen werden. Es gibt also – trotz Hessestags – gute Gründe auch in Rüsselsheim offensiv für soziale Gerechtigkeit einzutreten.



Gegen falsche Gewöhnung!

Armutsfalle „Prekäre Beschäftigung“ darf nicht salonfähig werden

Das Problem ist seit Jahren bekannt und die Ursachen dafür auch: Menschen arbeiten, aber sie können von dem, was sie verdienen, nicht leben. Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, Minijobs, Saisonarbeit sind politisch motiviert und gesellschaftlich salonfähig gemacht. Befristung und gezwungene Teilzeitarbeit sind längst in vielen Branchen Standard. Die Formenvielfalt „atypischer“ Beschäftigung treibt immer neue Blüten. Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird dies nicht mindern und die Einführung des Mindestlohns hat nur sehr bedingt die Verarmung von Beschäftigten im Niedriglohnssektor verhindert. Ob im Einzelhandel, der Gastronomie oder in der Logistik, insbesondere der Dienstleistungssektor setzt auf billige und flexibel einsetzbare Kräfte zur Umsetzung der unternehmerischen Ziele. Der Druck der Konkurrenz wird durch die Senkung der Löhne, Arbeitsverdichtung und Personalabbau versucht zu kompensieren. Betroffen sind vor allem Gering- oder schlechtqualifizierte, aber auch qualifizierte Personal und ältere Arbeitnehmer*innen, die bei der Arbeitssuche kaum eine andere Wahl haben, als sich mit prekären Beschäftigungsformen zu arrangieren. Die Folge macht Sorge: Unsicherheit, Arbeit zweiter Klasse, „Armut trotz

Arbeit“. Menschen haben trotz Erwerbstätigkeit bei steigenden Mieten und hohen Lebenshaltungskosten im Rhein-Main-Gebiet am oder schon vor Ende des Monats keinen Euro mehr in den Händen. Und dies trotz vermeintlich „verbesserten“ Arbeitsmarktlage. Was „einst“ mit dem Anglizismus „working poor“ skandalisiert wurde, ist heute als „wirtschaftlich notwendig“ gesellschaftlich etabliert. Haben wir uns als Gesellschaft tatsächlich an diese Formen des Missstands gewöhnt? Wenn ja, ist das fatal. Denn prekäre Beschäftigung ist und bleibt ein Armutsfaktor. Sie verschleißt Menschen und schürt sozialen Unfrieden. Löhne, die trotz Mindestlohn bei Vollzeitbeschäftigung zu knapp 1500 Euro brutto im Monat führen und Arbeitsausbeutung unter dem Deckmantel der Selbstständigkeit sind moralisch verwerflich. Leiharbeit und Werkverträge führen allzu oft zu Spaltung von Belegschaften und erschweren ein kollegiales Miteinander. Wir wissen: Die Angst vor Hartz IV und Arbeitslosigkeit macht erpressbar und isoliert. Umso dringlicher sind wir alle zu tatkräftiger Solidarität aufgerufen. Wir brauchen gute, existenzsichernde Arbeit. Für alle. Für eine gerechte Gesellschaft und für das Leben aller in Würde.

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorgerin Südhessen



Fortsetzung von Seite 1

ungsverhältnisse nicht entschieden zurückgedrängt werden. Die hier skizzierte sozialpolitische Lage ist Ergebnis der Agenda 2010. Sie wurde bewusst herbeigeführt und ist durch „Korrekturen“ an einer weiterhin an den neoliberalen Glaubenssätzen festhaltenden Politik nicht wirklich zu ändern. Der Wahlsieg Trumps in den USA, der Erfolg von Le Pen in Frankreich und der AfD in Deutschland sind auch von denen zu verantworten, die durch Maßnahmen wie die Agenda 2010 die soziale Spaltung der Gesellschaften vorangetrieben haben. Er ist auch von denen zu verantworten, die auf der kommunalen Ebene soziale Infrastruktur einer

Personalmangel in den städtischen Kindertagesstätten



Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Menschen Verantwortung übernehmen – für sich selbst, für andere und die Umwelt. Ohne Bildung funktioniert keine moderne Demokratie, und sie ist der Schlüssel zu Arbeit und Beruf. Das fängt schon bei den Jüngsten an. In der frühen Kindheit machen Menschen die größten Schritte in ihrer Entwicklung, ihre Lernfähigkeit wird im Laufe des Lebens nie wieder so ausgeprägt sein wie in dieser Lebensphase ist. Von Kindertagesstätten als Betreuungseinrichtungen zu sprechen ist von daher vollkommen absurd. Kindertagesstätten sind Orte professioneller Bildung. Kinder sollen hier auf Erzieherinnen treffen, die ihre natürliche Neugier anregen, sie herausfordern und fördern.

Dauerzustand Personalmangel

Entsprechend muss die finanzielle und personelle Ausstattung ausfallen.

Um Qualität zu bieten, benötigt es gut ausgebildete Erzieherinnen in ausreichender Zahl. Die Kolleginnen sind zwar gut ausgebildet, aber immer sind Stellen unbesetzt. Gerade die personelle Unterbesetzung der Kindertagesstätten wird zum Dauerzustand. Im März dieses Jahres waren knapp 20 Stellen nicht besetzt. 20 Profis fehlten für die Bildung und Entwicklung der Rüsselsheimer Kinder. Neu errichtete Krippen eröffnen nicht, weil das hierfür benötigte Personal fehlt.

Augen zu und durch?

Die Mehrarbeit von Erzieherinnen für ihren Einsatz im Hessestags sollte nicht in Freizeit ausgeglichen werden, sondern ausgezahlt werden. Begründung des zuständigen Sozialdezernenten: Die Personalsituation ist generell zu knapp und dies bleibt auch so nach dem Hessestags! Damit scheint es so,

dass der verantwortliche Dezernent die Unterversorgung als gegeben hinnimmt und keinen Gedanken daran verschwendet, hier Maßnahmen zu ergreifen, um Erzieherinnen für die Arbeit in den städtischen Kindertagesstätten zu gewinnen. Im Gegenteil: Praktikumsplätze für Erzieherinnen im Anerkennungsjahr werden – trotz Nachfrage von SchülerInnen – nicht erhöht und Politik diskutiert die Erweiterung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten – vor dem Hintergrund, dass noch nicht einmal für die derzeitigen Öffnungszeiten ausreichendes Personal vorhanden ist! Augen zu und durch?

Die ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim fordern:

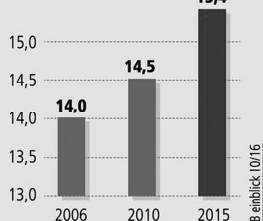
Ausbau der Praktikumsplätze für Erzieherinnen im Anerkennungsjahr

Bessere Bezahlung der Erzieherinnen zur Personalgewinnung

Ver.di-Vertrauensleutevorstand der Stadt Rüsselsheim

Die Armut nimmt zu

Die Armutsquote in Deutschland (in Prozent)



Entgeltgleichheit fällt nicht vom Himmel



Obwohl seit 1957 der Grundsatz der Entgeltgleichheit rechtlich geboten ist, verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich noch immer 21 Prozent weniger als Männer. In diesem Wert enthalten sind auch Verdienstunterschiede wegen Teilzeitarbeit oder Tätigkeiten in schlechter bezahlten Berufen. Aber auch die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation beträgt in Deutschland nach Angaben der Bundesregierung zwischen zwei und sieben Prozent. Nicht nur wir Frauen in den Gewerkschaften haben deshalb seit langem neben anderen Maßnahmen ein Entgeltgleichheitsgesetz gefordert, das Betriebe und Dienststellen verpflichtet, mit geeigneten Instrumenten ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und mittelbare und unmittelbare Entgeltdiskriminierung zu beseitigen. Am 30. 3. 2017 hat der Bundestag nun das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern mit den Stimmen der Koalition, bei Gegenstimmen der Grünen und Stimmenthaltung der Linken verabschiedet. Angesichts der engen Vorgaben der Koalitionspartner und dem heftigen Widerstand der Arbeitgeber bleibt das Gesetz weit hinter den frauen-

politischen Forderungen zurück, wie wir dies an Hand der kritischen Würdigung der Eckpunkte des Gesetzes zeigen. Statt der Herstellung von Entgeltgleichheit zielt es nun lediglich auf die Schaffung von „Entgelttransparenz“. Statt einem umfassenden Auskunftsrecht für alle Beschäftigten, wie sie im Vergleich zu KollegInnen bezahlt werden, gilt dieses Recht erst für ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit über 200 Beschäftigten. Viele Frauen in kleineren Betrieben fallen somit nicht unter das Gesetz - unzureichend auch die Reichweite und die zeitlichen Vorgaben. Statt der Verpflichtung zur Durchführung von zertifizierten, betrieblichen Prüfverfahren zur Entgeltstruktur für alle Unternehmen sieht das Gesetz lediglich eine Aufforderung für private Arbeitgeber über 500 Beschäftigte vor, solche Verfahren durchzuführen.

Kein konsequentes Verbot der Entgeltbenachteiligung

Das Verbot der mittelbaren und unmittelbaren Entgeltbenachteiligung gilt nicht uneingeschränkt. So können, die Verhältnismäßigkeit vorausgesetzt, insbesondere leistungs- und arbeitsergebnisbezogene Kriterien

ein unterschiedliches Entgelt rechtfertigen.

Problematisch auch die Vermutung der Diskriminierungsfreiheit von Tarifverträgen (Angemessenheitsvermutung), obwohl Gerichtsurteile und wissenschaftliche Untersuchungen anderes belegen. So sieht das Gesetz nicht zuletzt auf Drängen der Sozialpartner bei tarifvertraglichen Regelungen eine Einschränkung bezüglich Auskunftsfrist und Reichweite der innerbetrieblichen Prüfung vor. Viele Tätigkeitsmerkmale in Tarifverträgen sind eben nicht geschlechtsneutral, da sie u.a. wesentliche Anforderungen an frauendominierte Tätigkeiten nicht berücksichtigen. Im Ergebnis wäre es nach dem Gesetz beispielsweise unmöglich, dass sich eine Haushaltshilfe einer Pflegeeinrichtung mit einem höher eingruppierten Gartenarbeiter vergleichen kann.

Auch fehlt die Einführung eines Verbandsklagerechts, damit die Durchsetzung ihrer Rechte nicht den einzelnen Frauen aufgebürdet wird. Fazit: Das Gesetz aber auch die Diskussion um das Gesetz zeigt, Lohn-gerechtigkeit als ein Bestandteil der Geschlechtergerechtigkeit fällt nicht vom Himmel, zu stark sind hier noch immer die Widerstände. Für uns Gewerkschaftsfrauen gibt es deshalb keinen Grund zum Innehalten. Ja, wir müssen weiterstreiten.

Elke Möller, Bezirksfrauenrat ver.di Südhessen

Gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit

Studien belegen es seit mehr als 10 Jahren, aber erst langsam wird in der öffentlichen Berichterstattung wahrgenommen, was die Fachsprache „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ nennt. Gemeint ist, dass Gruppen wie Asylsuchende, Geflüchtete, Sinti und Roma, Ausländer ganz allgemein, aber auch Langzeitarbeitslose, Behinderte, Homosexuelle, Obdachlose, Juden und Muslime in der Gesellschaft von immer mehr Bürgern, Vereinen, Institutionen mehr oder weniger offen oder bewusst ausgegrenzt werden, dass ihnen echte Teilhabe verweigert wird.

Ihnen schlägt spätestens seit Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ der Alltagsrassismus nach dem Motto „Ich bin ja kein Rassist, aber das wird man ja noch sagen dürfen...“ entgegen und selbsterklärte besorgte Bürger fühlen sich bemüht, das christliche Abendland zu retten.

Viele fürchten um ihre Etabliertenvorrechte, meinen, die Mitglieder dieser Gruppen würden ihnen etwas vom ihnen zustehenden Reichtum wegnehmen. Sie können im Fremden stets nur die lauernde Bedrohung, nicht die mögliche Bereicherung sehen. In hasserfüllten Worten laden sie ihre Vorurteile auf diese Gruppen ab. „Aus Worten können Taten werden“, warnte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Trauerfeier der Opfer der NSU - Mordserie. Mehr als 170 Todesopfer rechter Gewalt seit der deutschen Wiedervereinigung, sowie die fast täglichen Übergriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten sind beschämender Beweis für die Wirkung der populären, oft unverhohlenen ausländer- und muslimfeindlichen Ressenti-

ments, die täglich in Worten und Bildern in Medien, Blogs und sogenannten sozialen Netzwerken auf uns einströmen. Wir erleben eine kaum vorstellbare Verrohung der Sprache!

Wie ernst meinen wir es noch mit den Artikeln 1 und 3 unseres Grundgesetzes, mit der unantastbaren Würde des Menschen und der Gleichheit, die keine Unterscheidungen macht nach Herkunft, Sprache, Religion...? Unsere derzeitige gesellschaftliche Situation kann nicht durch Gesetze gelöst und menschlicher werden. Wir alle sind gefordert, es ist eine Anfrage an unsere demokratische Alltagskultur.

Wenn wir den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft weiter erhalten wollen, müssen wir dringend verbal abrüsten und uns wieder auf alte, religiöse Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit im Umgang miteinander besinnen.

Seit Juli 2016 gibt es in Heppenheim, im Haus am Maiberg, eine Regionalstelle Süd, die im Auftrag des Demokratiezentrum im „Beratungsnetzwerk Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gegen die Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit arbeitet. Im Angebot sind Beratung bei Krisen- und Konfliktsituationen, Sensibilisierung und Informationsveranstaltungen, Planung und Durchführung von Seminaren, Fachtagungen und Workshops im Bereich der rassistiskritischen-politischen Bildung, Demokratielernen mit jungen Geflüchteten... Nähere Informationen hierzu unter manfredforell@web.de, 0160 8163742

Manfred Forell

Global Denken – lokal für einen Sozialpass handeln



Attac wirkt global für eine Gesellschaft, in der weder Armenspeisungen noch Teilhabepakete, noch Sozialpässe notwendig sind. Aber wenn und solange sie notwendig sind – um die größte Not von Menschen abzuwenden – müssen sie auch lokal erkämpft werden. So wie das Bündnis für soziale Gerechtigkeit seit Jahren für Maßnahmen gegen Armut und speziell gegen Kinderarmut kämpft.

In Rüsselsheim sind ein Viertel aller Kinder bis 14 Jahre von Transferleistungen wie Hartz IV und Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Und auch die Altersarmut ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Angesichts der zu geringen Sätze für Bildung, Kultur, Mobilität, Sport, Kommunikation und Gesundheit in den Transferleistungen ist die Folge von materieller Armut fast immer auch ein Ausschluss von der Teilhabe an diesen gesellschaftlichen Bereichen.

Von daher ist es dringend notwendig, die in Rüsselsheim existierenden Ermäßigungen sowohl beim Kreis der Berechtigten als auch bei den Ermäßigungen, z.B. auf den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, auszuweiten und nach dem Vorbild vieler anderer Städte in einem Rüsselsheim-Pass zu bündeln.

Solche sozialen Reparaturmaßnahmen machen allerdings den Einsatz für eine Gesellschaft, die durch gut bezahlte gute Arbeit und ein Netz von solidarischen, kostenfrei nutzbaren Strukturen („soziale Infrastruktur“) ein gutes Leben für alle ermöglicht, nicht überflüssig.

Welche Mittel und Maßnahmen dahin führen können (bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, flächendeckender höherer Mindestlohn, Demokratisierung der Wirtschaft,



Green New Deal, Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, solidarische Steuerreform, ...) wird zwar bei Attac und teilweise in den Gewerkschaften diskutiert, müsste jedoch Inhalt einer großen gesellschaftlichen Debatte werden.

Dass aber der gegenwärtige Zustand des armutsfördernden und entwürdi-

genden Hartz IV-Regimes dem Grundgesetz („Würde des Menschen“) und der Internationalen Menschenrechtserklärung widerspricht, ist ein ständiger Ansporn für die bei Attac aktiven Menschen, dagegen Widerstand zu leisten.

Heinz-Jürgen Krug

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Artikel 22 (Soziale Sicherheit)

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 25

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Neue antimilitaristische Bürgerinitiative in Rüsselsheim:

Friedenstreff Rüsselsheim und Untermain

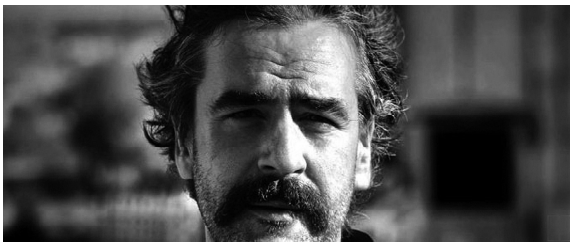
Die Friedensinitiative trifft sich jeden ersten Montag im Monat ab 18 Uhr in der katholischen Betriebsseelsorge, Weisenauer Straße 31

Neben den üblichen Aufgaben wie

- Überwindung der Vereinzelung von Bürgern, welche die Tendenzen der Remilitarisierung in der Gestaltung der internationalen Beziehungen ablehnen
- Ermutigung der Bürger, ihrer Kritik an der Militärpolitik bei Wahlen einen höheren Stellenwert einzuräumen
- Informationen über Aufrüstung und Kriegseinsätze, die in Medien weniger präsent sind
- Aufzeigen / Bewusstmachen propagandistischer Regierungs- und Pressekampagnen
- Propagierung von Themen der deutschen und internationalen Friedensbewegung im lokalen Rahmen sowie der Teilnahme an Aktionen (insbesondere Büchel und Ramstein)
- Kritische Begleitung der Militärpropaganda in Schulen, Konzertsälen usw.

haben wir in Rüsselsheim auch speziell den Hessentag im Juni 2017 und die dort zu erwartende Bundeswehrpräsenz im Auge. Unsere Unterstützergemeinschaft ist aber zu klein, um diese Propagandaschau dauerhaft und nachhaltig zu begleiten. Darum bitten wir alle interessierten Personen und Gruppen um baldige Kontaktaufnahme. (Kontaktaufnahme über 06142 938651 oder dieterstork@gmail.com) Dieter Stork





77 Tage in Haft

Der Journalist Deniz Yücel ist am 1. Mai 2017 genau 77 Tage in Haft des türkischen Staates. Er wurde 1973 in Flörsheim geboren und machte Anfang der 90er Jahre auf der Gustav-Heinemann-Schule in Rüsselsheim sein Abitur. Vielen Rüsselsheimern ist Deniz Yücel aus der Zeit zwischen etwa 1990 und 1995 als politisch aktiver Mensch gegen Rassismus und Intoleranz, als Darsteller der Theatergruppe „Schon gesehen?“, als Moderator im „Kommunalen Radio Rüsselsheim“ sowie als Freund und Genosse und auch schon damals als streitbarer Diskussionspartner bekannt, ehe er 1996 nach Berlin zog.

An der FU Berlin absolvierte Deniz Yücel ein Studium der Politikwissenschaft, war von 2002 bis 2007 Redakteur der linken Wochenzeitung „Jungle World“ und danach bis 2015 Redakteur der Berliner Tageszeitung taz. 2011 wurde Deniz Yücel mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik für seine taz-Kolumne „Vuvuzela“, die während und über die Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika erschien, ausgezeichnet.

Mit befreundeten Journalist/innen, die alle einen migrantischen Hintergrund haben, schuf er die Veranstaltungsreihe „Hate Poetry“, eine Lesereihe durch ihre erhaltenen rassistischen Leserbriefe. Sie gastierte am 12. April 2015 im Rüsselsheimer Kulturzentrum „Das Rind“. „Sein im Monolog vorgetragen Dialog im Zeichen der Türkentaube trieb so manchem Zuschauer der preisgekrönten, antirassistischen Leseshow Hate Poetry im restlos ausverkauften Kulturzentrum das Rind vor Lachen die Tränen in die Augen“ schrieb damals die Main-Spitze.

Sein bekanntes Buch, Taksim ist überall. Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei“ erschien 2014 kurz vor seinem Wechsel zur Mediengruppe „N24/Die Welt“. Mit einigen Kontroversen fiel Deniz auf. Er warf dem damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck Verharmlosung des Holocausts vor, griff Thilo Sarazin nach dessen rassistischen Thesen an und wünschte sich zugespitzt, dass sich Deutschland doch bitte abschaffen solle und titelte anlässlich des Papstwechsels 2013: „Junta-Kumpel löst Hitlerjunge ab“.

Matthias Schäfer

Seine journalistische Arbeit setzte er zwarsachlicher, aber mit weiterhin kritischem Blick und spitzen Formulierungen in der Türkei fort. Er interviewte zum Beispiel einen führenden PKK-Kommandanten im Kandil-Gebirge, stellte dem türkischen Ministerpräsidenten auf einer Pressekonferenz unangenehme Fragen und berichtete über das linke Hackerkollektiv.

Während die Pressefreiheit in Deutschland die taz 20.000 Euro kostete, sind die Folgen in der Türkei weitaus gravierender. Derzeit befindet sich Deniz in Untersuchungs- und in Einzelhaft in Silivri, dem größten Gefängnis der Türkei, 80 Kilometer von Istanbul entfernt. Auf der politischen Ebene bezeichnete Staatspräsident Erdogan Deniz als „deutschen Agenten“ und die Bundesrepublik nach verhinderten Auftritten türkischer Politiker als faschistischen Staat. Deutschland und die EU geraten im Gegenzug wegen ihrer jahrelangen Verhandlungen über einen EU-Beitritt und Waffenlieferungen an die Türkei in die Kritik. Der Ruf nach wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen eine zunehmend autoritärer und undemokratischer werdende Türkei wird lauter.

Sein Rüsselsheimer Freund/innenkreis fordert seit Mitte Februar wie Freund/innen, Politiker/innen und Prominente bundesweit mit Aktionen wie Autocorodos und Leseveranstaltungen seine sofortige Freilassung:

**Free Deniz
Wir möchten dich in
Freiheit wieder bei uns haben!**



Seit kurzem starten und landen auch „Billigflieger“ auf dem Flughafen Frankfurt, Ryan Air machte den Anfang, weitere Gesellschaften sind schon in den Startlöchern. Fraport, bisher (zum Glück!) weit unter den als Begründung für den permanenten Ausbau prognostizierten Flugbewegungen, will durch das Angebot der „Billigflieger“ die Auslastung schaffen, die die ständig zitierte, Nachfrage“ von allein nicht leistete. Dieser Kurswechsel hat gravierende Folgen für die bereits hoch belastete Region, für die ArbeiterInnen und Angestellten des Flughafens und der Fluglinien sowie die Verfrachtung der Ware Arbeitskraft insbesondere aus Ost- und Südosteuropa:

- Statt die Flugbewegungen auf ein etwas erträglicheres Maß, also max. 380.000 herunterzufahren (derzeit etwa 460.000) – wie vom Bündnis der Bürgerinitiativen gefordert – sollen es von Fraport und Landesregierung anvisierte (und genehmigte!) über 700.000 werden,
- die Billigfliegerei lässt sich nur auf dem Rücken der ArbeiterInnen und Angestellten durch Lohndumping und Arbeitshetze realisieren und wird sich über die Konkurrenz auch verstärkt bei den anderen Gesellschaften auswirken,
- den zahlreichen Arbeitskräften aus den EU-Ländern in Ost- und

Südosteuropa wird die Akzeptanz der ungeheuren Zumutung, über tausend und mehr Kilometer zu pendeln, erleichtert, wenn sie für geringes Geld und in der gleichen Zeit wie ein Pendler aus Thüringen mit dem PKW, nach Sofia oder Bukarest fliegen können, • ähnliches gilt für den Billigurlaub „all inclusive“.

Man kann die neue Entwicklung am Flughafen auch so vergleichen: neben jedem „Rewe“ ist heute auch ein „Lidl“ angesiedelt. Klassengesellschaft auf allen Ebenen.

Michael Flörshheimer

Altersarmut verhindern - solidarische Sicherung jetzt!

Immer wieder sprechen vor allem Frauen in der wöchentlichen Beratung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung vor, deren Rentenanspruch weit unter dem Existenzminimum liegt. In den meisten Fällen muss dann Grundsicherung – also Sozialhilfe - in Anspruch genommen werden, obwohl die Betroffenen häufig lange gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Eine solidarische Alterssicherung für Menschen, die schon im Arbeitsleben zu den Benachteiligten gehörten, sieht anders aus!

Eine Ausgliederung armer Älterer aus dem Rentensystem wird diesen Menschen nicht gerecht. Zukünftig soll niemand mehr gezwungen sein, im Alter als Bittsteller bei den Sozialbehörden vorstellig zu werden. Wir brauchen endlich eine solidarische Alterssicherung, die Armut verhindert, gerecht ist und zukunftssicher!

Wir fordern deshalb eine Sockelrente oberhalb des Existenzminimums für alle Bürger*innen. Auf diesen Sockel bauen dann als weiterer Baustein die Rentenansprüche auf, die im Laufe eines Arbeitslebens erworben wurden durch Erwerbsarbeit, Erziehungs- und Pflege Tätigkeit. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge kann ein weiterer Schritt zu einem guten Leben im Alter sein, wenn sie transparent und sicher gestaltet wird und nicht zu einer Schwächung der umlagefinanzierten Rente führt.

Zur Finanzierung der Rente sind zukünftig alle Erwerbstätigen und alle Einkommensarten heranzuziehen. Es kann nicht sein, dass privilegierte Gruppen und die „Gutverdienenden“ sich auf Dauer der gesellschaftlichen Solidarität entziehen!



Bei alledem: nur auskömmliche Löhne führen zu einer auskömmlichen Rente! Der Kampf gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung ist auch ein Kampf für ein besseres Leben im Alter!

Es lohnt sich zu streiten, sonst planen sie deine Altersarmut!

Weiterlesen hier: www.sie-planen-deine-altersarmut.de

Hans-Peter Greiner
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung



1. Mai 2017: Wir sind viele, wir sind eins!

Im „Superwahljahr 2017“ sind wir besonders gefordert. Gegenüber der Politik und den Wählern wollen wir verdeutlichen, worin wir die großen gesellschaftlichen Herausforderungen für unsere Arbeit sehen und welche Antworten wir anbieten können. Unsere Forderungen für die Bundestagswahl im September stehen unter dem Motto „Zukunft gestalten: Soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Die Politik muss endlich die sozialen Abstiegsängste einer wachsenden Zahl von Menschen ernst nehmen und entschlossen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorgehen. Die Einkommenschwachen und sozial Benachteiligten brauchen eine klare Perspektive auf die Zukunft. Unsere Forderungen für Arbeitswelt, Wirtschaft und Sozialstaat konzentrieren sich auf soziale Gerechtigkeit, sichere und gute Arbeit und Zukunftsinvestitionen in einen handlungsfähigen Staat.

Lasst uns diesen 1. Mai als Tag feiern, an dem wir für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa kämpfen. Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik und für eine Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung!

Lasst uns an diesem Tag für Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt kämpfen, für eine stärkere Tarifbindung, gegen Befristungen, Minijobs und ungleiche Entlohnung!

Lasst uns diesen Tag für ein gut ausgestattetes und gerechtes Gemeinwesen kämpfen, für starke öffentliche Dienstleistungen und Investitionen, für bessere Bildung und für eine gerechte Steuerpolitik!

Hierfür gehen heute in Deutschland Tausende von Menschen mit uns auf die Straßen. Uns alle eint die Überzeugung, dass wir dieses Land verändern und sozialer machen können - denn „Wir sind viele, wir sind eins!“

Bernd Schiffler, DGB-Kreisvorsitzender und Vors. DGB-Rüsselsheim

Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:

Bernd Heyl, 06152/1877471
Hans-Peter Greiner, 06142/46798

Postanschrift:
Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Druck:
Dorn-Druck, Raunheim

Kampagne gegen Wasserprivatisierung

Gegen die Privatisierung der beiden größten Wasserwerke in Athen und Thessaloniki, die die EU erzwingen will, wenden sich auch in Deutschland Initiativen und Komitees der Griechenlandsolidarität. Die Petition steht unter dem Motto „Wasser ist Menschenrecht - stoppt die Wasserprivatisierung in Griechenland“ und kann auf der Website von Campact unterzeichnet werden. 2014 war das Privatisierungsvorhaben am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Mehr als 213.000 Menschen, 98 Prozent der abgegebenen Stimmen, hatten damals das entsprechende Referendum unterzeichnet. Jetzt unternimmt die EU einen neuen Anlauf zur Privatisierung. Befürchtet werden eine schlechtere Versorgung und steigende Preise, durch die große Teile der Bevölkerung keinen oder nur noch ungenügenden Zugang zu Wasser hätten. Die Petition kann unter <http://weact.campact.de> unterschrieben werden. *Aus: ver.di publik 2.17*

